

## Stadtverordnetenversammlung

Stadtverordnetenbüro  
Auskunft erteilt: Frau Allamode  
Südanlage 5, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1032  
Telefax: 0641 306-2033  
E-Mail: aallamode@giessen.de

Datum: 25.09.2006

### Niederschrift

der 2. öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung  
am Donnerstag, dem 18.05.2006,  
Kleiner Saal, Kongresshalle, Berliner Platz 2, 35390 Gießen.  
Sitzungsdauer: 18:15 - 00:05 Uhr

#### Anwesend:

##### Stadtverordnete der CDU-Fraktion:

Herr Jörg Asboe  
Herr Diedrich Backhaus  
Herr Jürgen Becker  
Frau Karen-Heide Bernard  
Frau Ursula Bouffier  
Frau Karin Bouffier-Pfeffer  
Herr Dr. Johannes Dittrich  
Herr Dieter Gail  
Frau Anja-Verena Helmchen  
Frau Susanne Koltermann  
Herr Dieter Kräske  
Frau Dorothe Küster  
Frau Karin Losert  
Herr Klaus Peter Möller  
Herr Michael Oswald  
Herr Axel Pfeffer  
Frau Julia-Christina Sator  
Herr Dieter Scholz  
Frau Christine Wagener  
Frau Ute Wernert-Jahn  
Herr Carsten Zörb

(Vorsitzender)

(ab 19:35 Uhr - TOP 1)

##### Stadtverordnete der SPD-Fraktion:

Herr Wolfgang Bellof  
Frau Inge Bietz  
Frau Ika Veronika Bordasch

Herr Alfons Buchholz  
Frau Astrid Eibelshäuser  
Herr Egon Fritz  
Herr Dieter Geißler  
Frau Dietlind Grabe-Bolz  
Frau Monika Graulich  
Frau Eva Janzen  
Herr Rolf Krieger  
Herr Klaus-Philipp Lange  
Herr Johannes Loheide  
Herr Gerhard Merz  
Herr Wolfgang Sahmland  
Herr Burkhard Schirmer  
Frau Renate Schlotmann  
Herr Frank Walter Schmidt  
Herr Mehmet Tanriverdi  
Herr Andreas Walldorf

**Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:**

Herr Prof. Dr. Heinrich  
Brinkmann  
Herr Dr. Wolfgang Deetjen  
Herr Klaus-Dieter Grothe  
Frau Maren Kolkhorst  
Herr Christian Otto  
Frau Sarah Sánchez Miguel  
Frau Dr. Bettina Speiser  
Frau Gerda Weigel-Greilich

**Stadtverordnete der Die Linke.Fraktion:**

Herr Michael Beltz  
Herr Kenneth Pukownick  
Herr Tjark Sauer

**Stadtverordnete der FDP-Fraktion:**

Frau Annette Greilich  
Herr Dr. Klaus Dieter Greilich  
Herr Harald Scherer

**Stadtverordnete der FW-Fraktion:**

Herr Heiner Geißler  
Herr Johannes Zippel

**Stadtverordnete der Bürgerliste Gießen:**

Frau Elke Koch-Michel

**Vom Magistrat:**

Herr Heinz-Peter Haumann	Oberbürgermeister
Herr Thomas Rausch	Stadtrat
Herr Dr. Volker Kölb	Stadtrat
Herr Dr. Reinhard Kaufmann	Stadtrat
Herr Wolfgang Ise	Stadtrat
Herr Dr. Bernhard Höpfner	Stadtrat
Herr Heinz-Peter Wernert	Stadtrat
Frau Annelore Kühr	Stadträtin
Frau Hannelore Don	Stadträtin
Herr Dr. Fritz Fiedler	Stadtrat
Frau Marianne Heyne	Stadträtin

**Von der Verwaltung:**

Herr Hartmut Heidl	Dezernat I
Herr Christoph Zörb	Dezernat I

**Vom Ausländerbeirat**

Herr Edin Muharemovic

**Vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:**

Frau Andrea Allamode  
Herr Dieter Knoth

**Entschuldigt:**

Herr Michael Janitzki                      Die Linke.Fraktion

**Vor Eröffnung der Sitzung gab der Stadtverordnetenvorsteher dem ASTA-Vertreter Kai Dietzel die Gelegenheit, zum Thema Studiengebühren eine kurze Erklärung abzugeben.**

**Stadtverordnetenvorsteher Gail** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass die Stadtverordnetenversammlung beschlussfähig ist.

Gegen die Form und die Frist der Einladung werden keine Einwände erhoben.

**Vorsteher** schlägt vor, die Tagesordnung dahingehend zu ändern, den Tagesordnungspunkt 12 - Studiengebühren, Antrag der SPD-Fraktion vom 09.05.2006, STV/0072/2006 - in der Beratung und Beschlussfassung vorzuziehen, da viele anwesende Studenten extra wegen diesem Tagesordnungspunkt als Zuhörer an der Sitzung teilnehmen.

Er regt an, die Beratung noch vor dem eigentlichen Tagesordnungspunkt 1 - Verleihung des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland an Herrn Burkhard Schirmer - durchzuführen, dies sei auch mit Herrn Schirmer so abgesprochen.

Gegen diese Verfahrensweise erhebt sich kein Widerspruch.

**Stv. Beltz**, DIE LINKE. Fraktion, beantragt, Tagesordnungspunkt 16 - Rechnungswesen der Stadt Gießen, Antrag des Magistrats vom 25.01.2006, STV/0006/2006 - in öffentlicher Sitzung zu behandeln.

**Stv. Scherer**, FDP-Fraktion, spricht formal gegen diesen Antrag.

Die Behandlung in öffentlicher Sitzung wird mehrheitlich abgelehnt. (Nein: CDU/GR/FDP/FW; Ja: SPD/LINKE/Stv. Koch-Michel).

Nachdem keine weiteren Änderungswünsche vorgetragen werden, stellt Vorsitzender fest, dass die Tagesordnung somit in der geänderten Form beschlossen ist.

### **Tagesordnung:**

#### **Öffentliche Sitzung:**

1. Studiengebühren STV/0072/2006  
- Antrag der SPD-Fraktion vom 09.05.2006 -
2. Aushändigung des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland an Herrn Burkhard Schirmer durch den Oberbürgermeister
3. Fragestunde
4. Wahl der Stellvertreter/innen des Stadtverordneten-  
vorstehers gem. § 57 Abs. 1 HGO
5. Änderung der Hauptsatzung der Universitätsstadt Gießen STV/0073/2006  
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen  
und FDP vom 10.05.2006 -

- |      |  |               |
|------|--|---------------|
| 6.   | Änderung der §§ 4 und 8 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Gießen<br>- Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 09.05.2006 -   | STV/0071/2006 |
| 6.1. | Änderung des § 16 (Anzahl der Ausschussmitglieder) der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Gießen   | STV/0074/2006 |
| 7.   | Einrichtung eines Wahlvorbereitungsausschusses gem. § 42 HGO<br>- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 10.05.2006 -  | STV/0077/2006 |
| 8.   | Beschlussfassung über die Anwendung des Benennungsverfahrens für die Zusammensetzung der Ausschüsse der Stadtverordnetenversammlung<br>- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 10.05.2006 -   | STV/0076/2006 |
| 9.   | A) Einführung der hessischen Ehrenamts-Card (E-Card) in der Universitätsstadt Gießen.<br>B) Festlegung der Kriterien für den Erhalt der E-Card (Anlage 2);<br>dabei Auflistung der in der Universitätsstadt Gießen zur Einführung gewährten Vergünstigungen (aufgrund eventuell später hinzukommender bzw. wegfallender Angebote veränderbar) - Anlage 3 -<br>- Antrag des Magistrats vom 17.03.2006 - | STV/0002/2006 |
| 10.  | Beendigung der Städtepartnerschaft mit Kerkrade<br>- Antrag des Magistrats vom 29.03.2006 -  | STV/0004/2006 |
| 11.  | Empirische Untersuchung der niedrigen Wahlbeteiligung (Kommunalwahl 2006)<br>- Antrag der SPD-Fraktion vom 10.05.2006 -  | STV/0069/2006 |
| 12.  | Freilandversuche mit gentechnisch veränderten Pflanzen auf dem Gebiet der Universitätsstadt Gießen<br>- Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 09.05.2006 -  | STV/0070/2006 |

13. Richtlinien zur Verleihung der Ehrenbürgerschaft der Universitätsstadt Gießen STV/0075/2006  
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 10.05.2006 -
14. Verschiedenes

### Abwicklung der Tagesordnung:

### Öffentliche Sitzung:

1. **Studiengebühren** STV/0072/2006  
**- Antrag der SPD-Fraktion vom 09.05.2006 -**
- 

#### **Antrag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird aufgefordert, sich bei der Hessischen Landesregierung dafür einzusetzen, von der geplanten Einführung allgemeiner Studiengebühren abzusehen.

Bildung ist keine Ware, sondern ein öffentliches Gut. Um dies weiterhin sicherzustellen, sollte auch in Zukunft allen jungen Menschen unabhängig von ihrer Herkunft ein gebührenfreies Studium ermöglicht werden. Die Hochschulfinanzierung muss daher auch in Zukunft gesamtgesellschaftlich aus Steuermitteln erfolgen.

Zu Beginn der Diskussion erklärt **Stv. Zippel** für die FW-Fraktion, dass sie an der Abstimmung zum Tagesordnungspunkt nicht teilnehmen werde.

An der Diskussion beteiligen sich die Stv. Grabe-Bolz, Sauer, Greilich, Beltz, Koch-Michel, Janzen, Wagener, Scherer, Grothe, Merz, Weigel-Greilich.

#### **Stv. Weigel-Greilich, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, stellt folgenden Initiativantrag:**

*„In Zeiten großer finanzieller Restriktion stehen Betrieb und Ausbau von Hochschulen vor neuen Herausforderungen. Unbestritten ist, dass mehr Geld in die Hochschulen fließen muss, um die Qualität der Lehre angesichts wachsender Studierendenzahlen zu verbessern. Wie dies erreicht werden kann, ist zu Recht umstritten. Während die Landesregierung die Erhebung von Studiengebühren als geeignetes Instrument hierzu ansieht und die FDP für eine sehr differenzierte Finanzierungsregelung, das sogenannte 3-Säulenmodell, für die Zukunft eintritt, lehnen die Grünen Studiengebühren ab und sehen die Finanzierung der Hochschulen als originär staatliche Aufgabe an. Vor dem Hintergrund dieser unterschiedlichen Standpunkte beschließt die Stadtverordnetenversammlung, dass die Gießener Hochschulen gestärkt und die*

*Situation für Studierende in Gießen weiter verbessert werden soll. Gießen wird hier zum Beispiel durch gezielte Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von Studierenden mit Kindern einen Beitrag leisten.“*

An der nun folgenden Diskussion beteiligen sich nochmals die Stv. Grabe-Bolz, Sauer, Koch-Michel und Zippel.

**Stv. Beltz**, Die Linke-Fraktion, gibt folgende persönliche Erklärung ab:

*„Herr Vorsteher, meine Damen und Herren, ich weise mit Entschiedenheit die Unterstellung von Herrn Scherer zurück, ich würde zum Landfriedensbruch aufrufen. Ein qualifizierter Rechtsanwalt aus einer qualifizierten Kanzlei hat wohl eine sehr eingeschränkte Wahrnehmung, wenn ihm mit dem Ruf französischer Verhältnisse nur brennende Autos vor Augen schwirren. Französische Verhältnisse heißt für mich, Wahrnehmung berechtigter Interessen. Französische Verhältnisse heißt für mich in Anknüpfung an die französische Revolution, Demokratie einfordern, Demokratie praktizieren. Französische Verhältnisse heißt für mich, auf die Straße gehen und das Parlament nutzen, um qualifizierte Interessen durchsetzen zu können. Und damit die Stimmung besser wird, Herr Scherer, ich verspreche Ihnen, ich zünde Ihr Auto nicht an und dann zünden Sie meins auch nicht an.“*

**Stadtverordnetenvorsteher Gail** unterbricht die Sitzung und gibt einem ASTA-Vertreter Gelegenheit, eine kurze Erklärung abzugeben. **Die Sitzung wird von 19:45 Uhr bis 19:50 Uhr unterbrochen.**

**Stv. Lange**, SPD-Fraktion, meldet sich zur Geschäftsordnung. Er merkt an, dass der Initiativantrag in der vorgetragenen Form nicht abgestimmt werden könne. Der erste Teil sei ein Vorspann, der allenfalls als Begründung nach dem eigentlichen „Antragstext“ dienen könne. Er regt an, den Initiativantrag umzuformulieren.

**Nach kurzer Diskussion wird der Initiativantrag wie folgt „neu“ formuliert:**

*„Vor dem Hintergrund unterschiedlichen Standpunkte zu Studiengebühren beschließt die Stadtverordnetenversammlung, dass die Gießener Hochschulen gestärkt und die Situation für Studierende in Gießen weiter verbessert werden soll. Gießen wird hier zum Beispiel durch gezielte Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von Studierenden mit Kindern einen Beitrag leisten.“*

**Stv. Grabe-Bolz** erklärt für die SPD-Fraktion, dass ihre Fraktion an der Abstimmung zu dem Initiativantrag nicht teilnehmen werde, da der Antrag am eigentlichen Thema „Studiengebühren“ vorbei gehe.

**Stv. Zippel** erklärt, dass die FW-Fraktion ebenfalls nicht an der Abstimmung zu dem Initiativantrag teilnehmen werde.

**Stv. Sauer** (Die Linke.Fraktion) beantragt, dass über die Vorlage: STV/0072/2006 namentlich abgestimmt wird.

**Beratungsergebnis:**

	Ja	Nein	StE		Ja	Nein	StE
Herr Asboe (CDU)		X		Herr Kräske (CDU)		X	
Herr Backhaus (CDU)		X		Herr Krieger (SPD)	X		
Herr Becker (CDU)		X		Frau Küster (CDU)		X	
Herr Bellof (SPD)	X			Herr Lange (SPD)	X		
Herr Beltz (Linke)	X			Herr Loheide (SPD)	X		
Frau Bernard (CDU)		X		Frau Losert (CDU)		X	
Frau Bietz (SPD)	X			Herr Merz (SPD)	X		
Frau Bordasch (SPD)	X			Herr Möller (CDU)		X	
Frau Bouffier (CDU)		X		Herr Oswald (CDU)		X	
Frau Bouffier-Pfeffer (CDU)		X		Herr Otto (GR)	X		
Herr Prof. Dr. Brinkmann (GR)	X			Herr Pfeffer (CDU)		X	
Herr Buchholz (SPD)	X			Herr Pukownik (Linke)	X		
Herr Dr. Deetjen (GR)		X		Herr Sahmland (SPD)	X		
Herr Dr. Dittrich (CDU)		X		Frau Sanchez Miguel (GR)	X		
Frau Eibelshäuser (SPD)	X			Frau Sator (CDU)		X	
Herr Fritz (SPD)	X			Herr Sauer (Linke)	X		
Herr Gail (CDU)		X		Herr Scherer (FDP)		X	
Herr Dieter Geißler (SPD)	X			Herr Schirmer (SPD)	X		
Herr Heiner Geißler (FW)*				Frau Schlotmann (SPD)	X		
Frau Grabe-Bolz (SPD)	X			Herr Schmidt (SPD)	X		
Frau Graulich (SPD)	X			Herr Scholz (CDU)		X	
Frau Greilich (FDP)		X		Frau Dr. Speiser (Grüne)		X	
Herr Dr. Greilich (FDP)		X		Herr Tanriverdi (SPD)	X		
Herr Grothe (GR)		X		Frau Wagener (CDU)		X	
Frau Helmchen (CDU)		X		Herr Walldorf (SPD)	X		
Herr Janitzki (Linke)*				Frau Weigel-Greilich (GR)		X	
Frau Janzen (SPD)	X			Frau Wernert-Jahn (CDU)		X	
Frau Koch-Michel (BLG)	X			Herr Zippel (FW)*			
Frau Kolkhorst (GR)		X		Herr Zörb (CDU)		X	
Frau Koltermann (CDU)		X					

\*Entschuldigt bzw. Nichtteilnahme an der Abstimmung.

Die Vorlage: STV/0072/2006 wird mehrheitlich somit abgelehnt. (30 Nein-Stimmen, 26 Ja-Stimmen)

Der Initiativantrag wird mehrheitlich beschlossen. (Ja: CDU/GR/FDP; Nein: DIE LINKE/Stv. Koch-Michel; Nichtteilnahme: SPD/FW)

**Die Stadtverordnetenversammlung wird von 20:10 Uhr bis 20:17 Uhr kurz unterbrochen.**

## 2. Aushändigung des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland an Herrn Burkhard Schirmer durch den Oberbürgermeister

---

**Oberbürgermeister Haumann** verleiht Herrn Stv. Burkhard Schirmer für seine langjährigen ehrenamtlichen Tätigkeiten den Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland.

In einer kurzen Rede bedankt sich **Herr Stv. Schirmer** für die Auszeichnung.

**Die Sitzung wird um 20:35 Uhr für eine Pause unterbrochen.**

**Um 21:10 Uhr wird die unterbrochene Sitzung fortgesetzt** und **Stadtverordnetenvorsteher Gail** bittet die Anwesenden, sich von ihren Plätzen zu erheben, um dem Verstorbenen Dr. Detlef Kant zu gedenken.

## 3. Fragestunde

---

- **Stv. Janitzki, Die Linke.Fraktion** (vorgetragen von Stv. Beltz):  
Laut Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 02.02.06 sollte der Magistrat der Beratungsstelle in der Weststadt 30 000,- € zur Finanzierung einer halben Stelle in der Schuldnerberatung für das Jahr 2006 zur Verfügung stellen. **Vor diesem Hintergrund frage ich den Magistrat:** „Ist der Beschluss bereits realisiert worden bzw. wann wird er realisiert werden?“

### **Antwort Stadtrat Dr. Kölb:**

„Die Mittel sind im Haushaltsplan 2006 unter der Haushaltsstelle 1.4390.704300.8 - Zuschüsse an Verbände und Vereine - eingestellt. Von Seiten des Diakonischen Werkes wurde dem Magistrat ein Vertragsentwurf zur Einrichtung einer Schuldnerberatungsstelle in der Weststadt zugesandt (Eingang 16.05.2006). Nach Prüfung des Vertragsentwurfes ist vorgesehen, die Schuldnerberatungsstelle voraussichtlich zum 01. Juli 2006 einzurichten.“

### **1. Zusatzfrage:**

- a) Wann erhält der Verein „Unvergesslich weiblich“ den am 08.12.05 beschlossenen Zuschuss in Höhe von 5 000 € und
- b) wann der Jugendtreff Spenerweg den Zuschuss 2 141,- €?“

### **Antwort Stadtrat Dr. Kölb zu a):**

„In der 23. Sitzung des Jugendhilfeausschuss vom 14.07.2005 wurde vom Fachausschuss Jugendhilfeplanung angeregt, dass der Verein „Unvergesslich Weiblich e. V.“ ein Konzept vorzulegen habe um die beantragte Summe zu

*begründen. Auf dieser Grundlage würde durch den Jugendhilfeausschuss eine Bezuschussung diskutiert werden. Beim Vorlegen eines Konzeptes sollte eine Neuberatung im Fachausschuss Jugendhilfeplanung und anschließend im Jugendhilfeausschuss erfolgen.“*

**Antwort Stadtrat Dr. Kölb zu b):**

*„Es handelt sich hierbei um die Erhöhung der Cofinanzierung der Sozialarbeiterstelle für das Projekt ‚Integration von Spätaussiedlern u. Migranten in GWA Projekten‘. Hierbei ist anzumerken, dass die Auszahlung der Mittel in Abschlägen unterjährig erfolgt. Die Jahresendabrechnung (Spitzabrechnung) erfolgt auf Basis des geprüften Verwendungsnachweises des Vorjahres. Dies wird auch bei diesem Projekt erfolgen, so dass die Auszahlung im Laufe des Haushaltsjahres erfolgt und nicht als ‚Sonderzahlung‘.“*

▪ **Stv. Beltz, Die Linke.Fraktion:**

Die Dringlichkeit der Beantwortung folgender Fragen und damit verbundenes Handeln erscheint mir - trotz positiver Pressemeldungen - umso notwendiger, als nicht überall bewusst ist, unter welchen Bedingungen Arbeitslose, ALG II und Hartz IV-Empfänger leben. Ihre teilweise Verpflichtung zu Zwangsarbeit, den sog. 1-Euro-Jobs, ist verbunden mit Diskriminierung und weitgehender Ausgrenzung aus sozialen und kulturellen Beziehungen. **Ich frage den Magistrat:**

*„Wann und in welcher Form teilt der Magistrat öffentlich mit, wie und wo Berechtigte ihren Antrag auf den Gießen-Pass bzw. dessen Verlängerung stellen können?“*

**Antwort Oberbürgermeister Haumann:**

*„Zunächst weise ich Ihre Behauptung zurück, dass Arbeitslose, ALG II und Hartz IV Empfänger mit den Ein-Euro-Jobs teilweise zur Zwangsarbeit verpflichtet werden. Wichtig ist es mir darüber hinaus auch, deutlich zu machen, dass der Begriff Zwangsarbeit aufgrund seiner Verwendung in einem der dunkelsten Kapitel der deutschen Geschichte heute in unserem Land keine Verwendung mehr finden sollte. Ihre Einzelfragen beantworte ich wie folgt:*

*Der Gießen-Pass wird bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen seit 15. und noch bis zum 19. Mai 2006 im Aulweg 43, Eingang C, von 11 qualifizierten und geschulten städtischen Bediensteten wieder neu ausgestellt bzw. verlängert. In der Presse ist umfassend darauf hingewiesen worden.“*

**1. Zusatzfrage:**

*„Bedeutet Verlängerung des Gießen-Passes gleichzeitig eine Entschädigung für jene Zeit, in der wg. des nicht genehmigten Haushaltes angeblich keine Gießen-Pässe ausgestellt werden konnten?“*

**Antwort Oberbürgermeister Haumann:** „Nein.“

**2. Zusatzfrage:**

„In welcher Form gedenkt der Magistrat jene ca. 13.000 Menschen (s. Auskunft vom 02.02.2006 durch OB Haumann), die einen entsprechenden Anspruch nachweisen können, mit qualifiziertem Personal bei der Antragstellung zu unterstützen?“

**Antwort Oberbürgermeister Haumann:** „Siehe Antwort zur 1. Frage.“

▪ **Stv. Sauer, Die Linke.Fraktion:**

Nach der Berichterstattung der Gießener Tageszeitungen vom 10. Mai 2006 werden die Kosten für den Bau des neuen Rathaus am Berliner Platz laut Dezernent Rausch entsprechend einer „ersten vorsichtigen Schätzung“ um fünf Millionen Euro steigen. Damit steigen die Gesamtkosten für den Bau des Rathauses voraussichtlich auf über 60 Millionen Euro. Ich frage den Magistrat: „Welche detaillierten Gründe bzw. Ursachen liegen für die voraussichtliche Erhöhung der Baukosten für das neue Rathaus vor?“

**1. Zusatzfrage:**

„In welchen Bereichen werden die Baukosten den Plan der Projektsteuerer nach dem derzeitigen Erkenntnisstand überschreiten?“

**2. Zusatzfrage:**

„In welchem finanziellen Umfang werden die Baukosten im Detail den Kostenplan nachzeitigem Erkenntnisstand überschreiten?“

**Antwort Stadtrat Rausch:**

„Bei den denkbaren Mehrkosten ist lediglich richtig, dass nach der Auftragsvergabe kleinere Planänderungen beim sogenannten Verbau notwendig waren, die in den Randbereichen des Grundstückes bzw. des Straßenbereiches zu Umplanungen und damit Mehrkosten führen werden. Dies liegt zum einen daran, dass der Magistrat das umweltfreundlichste und für die Anwohner am wenigsten schädliche Verbauverfahren gewählt hat und damit gleichzeitig das Risiko eingegangen ist, dass diese Baulösung an den verschiedenen Stellen auch mit unterschiedlichen Baubreiten aus statischen Gründen arbeiten muss. Zusätzliche Kosten treten dann bei den Leitungsverlegungen im Straßenbereich auf. Auch zur Kostensteigerung führt, dass die vorliegenden Pläne bzgl. der auf dem Grundstück und drum herum liegenden Leitungen mit der Wirklichkeit nicht immer übereinstimmen. Hier sind bei den Ausführungsplanungen nun wider Erwarten andersliegende Leitungen und planerische Schwierigkeiten aufgetreten. Im Übrigen trägt die Stadt bei aller Planung und Vorbereitung immer das Baugrundrisiko. Dies gilt auch für die Sanierungs- und Erdaushubmaßnahmen.“

*Im Einzelnen:*

*Wegen nicht ganz vollständiger Antragsunterlagen verschiebt sich der Baubeginn um ca. zwei Monate. Daraus leitet sich eine Gerätestillstandszeit mit Kosten von ca. 30.000 € ab.*

*In Abhängigkeit dazu ergibt sich dann eine Stahlpreiserhöhung für die Spundwände von ca. 20.000 €.*

*Zusätzlich war beim Verbau eine Ausführungsplanung erforderlich mit Kosten von ca. 35.000 €.*

*Durch Veränderungen am Verbau und aus der Wahl der Verbauart haben sich Veränderungen bei der Verbaubreite (Arbeitsräume und Dichtwanddicke) von teils mehr als 2 m ergeben. Daraus sind massive Eingriffe in die angrenzenden Parzellen (Wieseckufer, Berliner Platz, Gesundheitsamt, Straße 'Am alten Gaswerk') entstanden. Hier müssen Ver- und Entsorgungsleitungen verlegt werden. Dafür werden ca. 100.000 € benötigt.*

*Mit der Veränderung der Verbaubreite ändern sich auch die Aushubmassen des Verbaues, die höhere Kosten verursachen werden. Eine zahlenmäßige Benennung ist zurzeit nicht möglich.*

*Inwieweit durch die notwendigen Veränderungen beim Verbau sich auch die Verbaulänge und damit die Mehrmassen verändert haben, kann ebenfalls kostenmäßig noch nicht beziffert werden.*

*Für zusätzlich für notwendig erachtete Aufschlussbohrungen zur Feststellung der Dichtigkeit und Tiefe der Tonschicht sind weitere ca. 10.000 € notwendig.*

*Die Kosten für den Abriss/Neubau der Treppe zur Unterführung unter dem Berliner Platz als Folge der exakten Verbauplanung sind bisher nicht erfasst.*

*Ein beauftragtes Zelt passt nicht zu den vorgesehenen und für notwendig erachteten Gerätegrößen. Daher entstehen Mehrkosten von ca. 15.000 € mit Bezuschussung durch das Land.*

*Eine im Sanierungsplan vorgesehene Messreihe wurde nicht berücksichtigt. Die entstehenden Mehrkosten von ca. 10.000 € werden durch das Land bezuschusst. Bei den hier aufgeführten Kosten handelt es sich um sogenannte Sowieso-Kosten ohne GU-Zuschlag und Mehrwertsteuer.*

*Als denkbare weitere Mehrkosten muss auch die dem Baugrundstück gegenüberliegende, in einfachen Ziegelsteinen ausgeführte Grenz-/Stützmauer in ihrem derzeitigen Zustand angesehen werden. Hier handelt es sich um eine vor Jahrzehnten von den Eigentümern der Häuser Roonstraße 3 - 7 auf der städtischen Wasserparzelle errichteten Mauer, die über Kurz oder Lang einzustürzen droht. Als Eigner der Wasserparzelle und Verantwortlicher für das Flussbett muss die Stadt Gießen hier in geeigneter Weise Vorsorge treffen. Entsprechende Gespräche über die vom Grundstückseigentümer zuzulassenden Abstützungen und Mauerwerke findet zurzeit statt. Erste Kostenschätzungen für eine einfache, nicht unbedingt dem Wieseckbild angepasste Stützmauer liegen bei ca. 250.000 - 300.000 €."*

### **3. Zusatzfrage der Fraktion:**

*„Wie geht der Magistrat mit dem „Konflikt mit einem Hauseigentümer“ in der Roonstraße um, welche Absprachen oder Vereinbarungen (eventuelle*

Entschädigungen und weitere Kosten) wurden getroffen oder werden von Seiten des Magistrats angestrebt und welche Kosten werden der Stadt in diesem Zusammenhang voraussichtlich entstehen?“

**Antwort Stadtrat Rausch:**

„Einen direkten ‚Konflikt mit einem Hauseigentümer‘ gibt es so nicht. Auf das oben Dargestellte hinsichtlich der Stützmauer und die Gespräche wird verwiesen. Eventuelle Absprachen bzw. Vereinbarungen wurden bisher nicht getroffen. Zu den Kosten wird ebenfalls auf den oben Gesagte verwiesen.

Hinsichtlich eines Ihnen vielleicht bekannt gewordenen Wunsches eines Mieters aus dem Grundstück Roonstraße 3 - 7 auf Ersatzleistungen im Hinblick auf von ihm behauptete Beeinträchtigungen für einen baurechtlich nicht genehmigten Betrieb an diesem Standort kann mitgeteilt werden, dass nach Prüfung des Rechtsamtes keine ‚Entschädigungszahlungen‘ für die Bauarbeiten auf dem städtischen Grundstück am Berliner Platz in Betracht kommen. Ein solcher Anspruch kann weder dem Grunde nach noch in der geltend gemachten Höhe festgestellt werden.“

**Zusatzfrage der SPD-Fraktion, Stv. Loheide:**

„Mich würde interessieren, es gab - zumindest auf der Gerüchteebene - Hinweise, dass auf dem Gelände bereits Teergruben geöffnet sind, ohne dass die in den Planungen und in den Sanierungen vorgesehenen Zelte oder ähnliche Dinge bereits stehen und die notwendigen Absauganlagen usw. installiert sind. Da würde mich interessieren, ob derzeit schon irgendwelche Gruben geöffnet sind und ob es dort, derzeit schon die Gefahr von irgendwelchen Ausgasungen oder ähnlichem gibt.

**Antwort Stadtrat Rausch:**

„Ich weiß nicht, woher Sie das Gerücht haben. Es gibt bisher, nach all dem was ich weiß, keine geöffneten Gruben. Das würde der RP auch nicht zulassen, wir sind wöchentlich mit dem Regierungspräsidium zusammen, in Baubesprechungen. Und bisher hat es überhaupt keine geöffneten Gruben gegeben. Das einzigste was letzte Woche begonnen worden ist und in dieser Woche fortgeführt worden ist, ist das Ausheben des Kellers, des alten Hochhauses mit seinen Fundamenten und Bodenplatte. Dies ist aber keine Teergrube, sondern das ist ein normaler Erdaushub. Dies ist notwendig, weil durch diese Strecke, sage ich jetzt mal, es notwendig erachtet wurde, den Verbau zu ziehen. Und den Verbau, also die Dichtwand, kann man nicht durch die Betondecken des alten Kellers ziehen und da gibt es sonst nichts, was aufgemacht worden ist. Bei den Altlasten sind wir noch nicht, Ende der Woche oder Anfang nächster Woche werden überhaupt erst die Gerätschaften beigebracht, die für die Sanierung, also die Zeltkonstruktion, Absauganlagen und ähnliches notwendig sind, werden erst herbei geschafft, so dass wir - ich sage mal - Anfang Juni oder etwa in dieser Zeit überhaupt mit den Arbeiten anfangen können. Da ist ja überhaupt keine Baustelleneinrichtung auf dem Grundstück, deswegen kann auch nichts gemacht werden. Also, außer einem kleinen Besprechungscontainer und einem Bagger, der da arbeitet, gibt es überhaupt nichts, so dass wir also mit keiner Arbeit anfangen können. Und Sie können versichert sein, dass das Regierungspräsidium, mit auch der direkten Nähe

*in Gießen, sicher nicht zulassen würde, einfach hier mit irgendwas anzufangen und irgendwie geht das auch nicht.“*

#### **4. Wahl der Stellvertreter/innen des Stadtverordnetenvorstehers gem. § 57 Abs. 1 HGO**

---

**Stadtverordnetenvorsteher Gail** gibt bekannt, dass gemäß § 57 Abs. 1 HGO die Wahl der stellvertretenden Stadtverordnetenvorsteher/-innen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl schriftlich und geheim erfolgt, da es sich um mehrere gleichartige unbesoldete Stellen handelt. Die Auswertung der Stimmen erfolge gemäß § 22 Abs. 3 und 4. KWG.

Die Zahl der stellv. Stadtverordnetenvorsteher/innen ist in der Hauptsatzung der Stadt Gießen festgeschrieben und beträgt **vier**.

**Es liegen folgende Wahlvorschläge vor:**

<b>Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP</b>	Karen Heide Bernard Christian Otto Annette Greilich Dr. Johannes Dittrich Maren Kolkhorst Dr. Klaus-Dieter Greilich Christine G. Wagener Dr. Bettina Speiser Harald Scherer
---	---

<b>SPD-Fraktion:</b>	Burkhard Schirmer Renate Schlotmann Wolfgang Bellof
----------------------	---

<b>Die Linke.Fraktion:</b>	Michael Beltz
----------------------------	---------------

Weitere Wahlvorschläge liegen nicht vor.

**Als Mitglieder des Wahlvorstandes werden folgende Wahlhelfer benannt:**

CDU-Fraktion:	Stv. Becker
SPD-Fraktion:	Stv. Janzen
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:	Stv. Kolkhorst

Die Linke.Fraktion:	Stv. Sauer
FDP-Fraktion:	Stv. Dr. Greilich
FW-Fraktion:	Stv. Geißler

**Stadtverordnetenvorsteher Gail** bittet die Wahlhelfer, die Wahlurne zu verschließen, nachdem sie festgestellt haben, dass diese leer ist.

Des Weiteren weist er darauf hin, dass der Schriftführer die anwesenden Stadtverordneten namentlich aufrufen werde, damit sie von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen können.

Er bittet die Stadtverordneten, nach Ausgabe der Stimmzettel, ihre Stimmabgabe in den aufgestellten Wahlzellen vorzunehmen und den Stimmzettel zweifach gefaltet in die Wahlurne einzuwerfen.

**Bekanntgabe des Wahlergebnisses:**

Es wurden insgesamt 58 Stimmen abgegeben,  
davon 56 gültige Stimmen.

**Von den gültigen Stimmen entfallen auf den Wahlvorschlag:**

CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP-Fraktion	32 Stimmen,
SPD-Fraktion	20 Stimmen,
Die Linke.Fraktion	4 Stimmen.

**Gemäß § 22 Abs. 3 und 4 KWG ergibt sich folgende Verteilung:**

CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP-Fraktion:	3 stellv. Stadtverordnetenvorsteher/innen,
SPD-Fraktion:	1 stellv. Stadtverordnetenvorsteher/innen,
Die Linke.Fraktion:	0 stellv. Stadtverordnetenvorsteher/innen.

**Es sind somit gewählt:**

Stv. Karen Heide Bernard  
Stv. Christian Otto  
Stv. Annette Greilich  
Stv. Burkhard Schirmer

Die Gewählten nehmen die Wahl an.

**Stadtverordnetenvorsteher Gail** beglückwünscht die Stellvertreter und hofft auf eine gute Zusammenarbeit.

5. **Änderung der Hauptsatzung der Universitätsstadt Gießen** **STV/0073/2006**  
**- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und**  
**FDP vom 10.05.2006 -**

---

**Antrag:**

§ 2 der Hauptsatzung der Universitätsstadt Gießen wird wie folgt geändert:  
Der Magistrat besteht aus dem Oberbürgermeister, dem/der Bürgermeister/in und zwei weiteren hauptamtlichen sowie zehn ehrenamtlichen Stadträten.

**Stv. Grabe-Bolz** stellt für die SPD-Fraktion nachfolgenden Initiativantrag und begründet ihn ausführlich.

*„§ 2 der Hauptsatzung der Universitätsstadt Gießen wird wie folgt geändert:  
,Der Magistrat besteht aus dem Oberbürgermeister, dem/der Bürgermeister/in und einem/r weiteren hauptamtlichen Stadtrat/Stadträtin sowie zehn ehrenamtlichen Stadträten/Stadträtinnen.“*

**Stv. Scherer**, FDP-Fraktion, **ändert für die antragstellenden Fraktionen die Vorlage: STV/0073/2006 textlich wie folgt:**

*Art. 1 Änderung der Hauptsatzung*

*§ 2 der Hauptsatzung wird wie folgt gefasst: „Der Magistrat besteht aus dem Oberbürgermeister, dem Bürgermeister und zwei weiteren hauptamtlichen sowie 10 ehrenamtlichen Stadträten.“*

*Art. 2 Inkrafttreten.*

*Diese Satzung tritt am Tag nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.*

**Stv. Beltz stellt für die Die Linke.Fraktion folgenden Initiativantrag:**

*„Die Zahl der ehrenamtlichen Magistratsmitglieder wird nicht reduziert, sondern bleibt bei 14 bestehen.“*

An der nun folgenden Diskussion beteiligen sich die Stv. Zippel, Koch-Michel, Grabe-Bolz, Möller, Weigel-Greilich und Loheide.

Die zuvor von Stv. Weigel-Greilich gemachten Ausführungen in der Diskussion werden auf Antrag von Stv. Koch-Michel wörtlich zu Protokoll genommen.

**Stv. Weigel-Greilich, Bündnis 90/Die Grünen:**

*„Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine Damen und Herren, niemand wird wohl ernsthaft bestreiten, dass sich ein Wahlergebnis bei einer Regierungsbildung niederschlagen muss. Und niemand wird bestreiten, dass die Grünen in Gießen zu den Wahlgewinnern gezählt werden können, obwohl es massive Versuche gegeben hat, die Grünen im Vorfeld zu diskreditieren. Deswegen haben wir nicht nur das Recht, nein*

sogar die Verpflichtung, die von uns in der Koalitionsvereinbarung vereinbarte grüne Programmatik umzusetzen. Und wir wissen auch, dass man dazu im hauptamtlichen Magistrat vertreten sein muss. Deshalb werden wir auch trotz der Proteste der Opposition an einer schnellen Umsetzung der Vertretung im hauptamtlichen Magistrat festhalten müssen. Wenn die LINKE meint, die Reduktion des ehrenamtlichen Magistrats bedeutet Demokratieverlust und gleichzeitig meint, dass den Grünen zur Umsetzung ihrer Politik kein Hauptamt zusteht, dann befinden sie sich auf dem Holzwege. Im Koalitionsvertrag, den die große Koalition ausgehandelt hatte, da hat es eine Pressemitteilung gegeben: Herr Merz, da sind Sie zitiert worden - dass Sie ebenfalls vereinbart hatten, sofort einen SPD-Bürgermeister zu wählen und auch beide CDU-Dezernenten wieder zu wählen. Und Sie haben ebenfalls Unterschriften .....

(Zwischenbemerkung Stv. Merz - nicht verständlich) ... Und jetzt zum Konkreten: Die Reduktion des ehrenamtlichen Magistrats ist Teil der Vereinbarung der Koalition, die einen Kompromiss finden musste zwischen den unterschiedlichen Positionen der Koalitionäre. Auf der einen Seite CDU und FDP, die konsequent die Meinung vertreten haben, dass Gießen vier Dezernenten braucht und der Position von Teilen der Grünen einschließlich meiner eigenen Haltung, dass Gießen mit drei Dezernenten auskommen kann. Diese Meinung habe ich auch vertreten. Letztendlich haben wir eine Regelung gefunden, die aus meiner Sicht mehr als tragfähig ist, hinter der ich voll stehen kann. Die insgesamt sogar mehr Ersparnis erbringt. Und wir haben nicht, wie das sonst gern bei Einsparungsmaßnahmen gemacht wird, beim den normalen Beschäftigten eingespart, sondern bei den Stellen, die auch Aufgabenbereichen von Dezernenten und Dezernentinnen zuzuordnen sind.

Der Vorschlag, die Zahl der Mitglieder des ehrenamtlichen Magistrats zu reduzieren, ist sachlich gerechtfertigt. Der ehrenamtliche Magistrat gehört zur Regierung und nimmt hauptsächlich repräsentative Aufgaben für diese wahr. Die Reduktion des ehrenamtlichen Magistrats bedeutet, dass diese Aufgaben vermehrt durch die hauptamtlichen Magistratsmitglieder wahrgenommen werden müssen, auf die dadurch mehr Arbeit zukommt.

Der Vorwurf, dass damit demokratische Mitbestimmungsrechte eingeschränkt würden, trifft nicht zu. Bewegen wir uns doch hier auf der gleichen politischen Ebene, nämlich auf der der Regierung und nicht der des Parlamentes.

Und noch einige Bemerkungen zur Reduzierung der Persönlichen Referent/innen. Auch dies ist sachlich gerechtfertigt. So leisten Persönliche Referent/innen Zuarbeit, die auch von den Dezernenten selbst erledigt werden können und vielleicht auch zum großen Teil selber erledigt werden sollten, weil damit die politische Vertretung in der Bevölkerung stärker ist.

Gerade auch die Praxis der Besetzung dieser Stellen wird von der Mehrzahl der Bürger/innen sowieso besonders kritisch betrachtet. Und trägt in nicht unerheblichem Maße zur Politikverdrossenheit bei. Missfällt es doch den meisten, dass insbesondere öffentliche Verwaltungen mit langer Regierungskontinuität einer Partei im umgangssprachlichen Sinne als parteipolitisch verfilzt gelten. So weiß jeder, dass es z.B. in Nordrhein-Westfalen eine starke Durchdringung der Öffentlichen Verwaltung mit SPD-Mitgliedern, in Bayern mit CSU-Mitgliedern gibt. Von Grünen und FDP-Durchdringungen in Länderparlamenten, Herr Scherer, habe ich leider noch nichts gehört. Auch in Gießen ist von dem Instrument zur Förderung des Parteienwachstums

*auf Persönlichen Referentenstellen rege und konsequent Gebrauch gemacht worden. Deswegen wundert mich auch nicht, dass die SPD diese Stellen nicht einsparen will. Galten und gelten doch diese Stellen als Vorbereitung für andere politische Ämter wie Dezernentenstellen oder für Landtagsmandate.*

*Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen. Eine gewisse Zurückhaltung in der Bewertung dessen, was die Grünen machen, würde der SPD sehr gut anstehen.“*

**Beratungsergebnis:**

Der Initiativantrag der SPD-Fraktion wird mehrheitlich abgelehnt. (Nein: CDU/GR/FDP/FW; Ja: SPD/1 LINKE/Stv. Koch-Michel; StE: 2 LINKE)

Der Initiativantrag der Fraktion DIE LINKE wird mehrheitlich abgelehnt. (Nein: CDU/SPD/GR/FDP/FW/Stv. Koch-Michel; Ja: LINKE)

Die geänderte Vorlage: STV/0073/2006 wird mehrheitlich beschlossen. (Ja: CDU/GR/FDP/FW; Nein: SPD/LINKE/Stv. Koch-Michel)

**6. Änderung der §§ 4 und 8 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Gießen** **STV/0071/2006**  
**- Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 09.05.2006 -**

---

**Antrag:**

Die Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung wird wie folgt geändert:

**1. Im § 4 Punkt 1. wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Komma ersetzt und durch den folgenden Text ergänzt:**

*wenn sie aus mindestens zwei Gemeindevertretern bestehen.*

(Zur Information die alte Fassung des § 4 Punkt 1: Parteien oder Wählergruppen, die durch Wahlen in der Stadtverordnetenversammlung vertreten sind, erhalten Fraktionsstatus.)

**2. Im § 8 wird der erste Satz vom Punkt 2 durch die folgende Formulierung ersetzt:**

*Der Ältestenrat besteht aus dem Präsidium, den Fraktionsvorsitzenden und den Vertretern der Parteien oder Wählergruppen, die durch Wahlen in der Stadtverordnetenversammlung vertreten sind.*

(Zur Information die alte Fassung des § 8 Punkt 2: Der Ältestenrat besteht aus dem Präsidium und den Fraktionsvorsitzenden. Fraktionsvorsitzende können sich durch Stadtverordnete ihrer Fraktion vertreten lassen.)

**Stv. Zippel**, FW-Fraktion, meldet sich zur Geschäftsordnung und bittet um getrennte Abstimmung Punkte 1. und 2.

**Stv. Beltz** begründet kurz für die antragstellende Fraktion die Vorlage.

**Stv. Scherer**, FDP-Fraktion, schlägt vor, dass die Stadtverordnetenversammlung über den 1. Punkt der Vorlage abstimmt, aber dass der 2. Punkt zur Beratung an den Ältestenrat verwiesen wird.

Die antragstellende Fraktion erklärt sich mit dem Vorschlag einverstanden.

**Beratungsergebnis:**

Punkt 1. wird einstimmig beschlossen.

Punkt 2. wird zur Beratung an den Ältestenrat verwiesen.

**6.1. Änderung des § 16 (Anzahl der Ausschussmitglieder) der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Gießen** **STV/0074/2006**

---

**Antrag:**

§ 16 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Gießen wird wie folgt geändert:

Die Zahl der Mitglieder der einzelnen Ausschüsse beträgt 13 einschließlich des/der Vorsitzenden und dessen/deren Stellvertreterin.

**Stv. Scherer**, FDP-Fraktion, **ändert für die antragstellenden Fraktion die Vorlage: STV/0074/2006 textlich wie folgt:**

*„Art. 1 Änderung der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung*

*§ 16 wird wie folgt geändert: Die Zahl ,12‘ wird durch die Zahl ,13‘ ersetzt.*

*Art. 2*

*Dieser Beschluss wird sofort wirksam.“*

**Beratungsergebnis:**

Die geänderten Vorlage: STV/0074/2006 wird mehrheitlich beschlossen. (Ja: CDU/SPD/GR/LINKE/FDP; Nein: FW/Stv. Koch-Michel)

**7. Einrichtung eines Wahlvorbereitungsausschusses gem. § 42 HGO** **STV/0077/2006**  
**- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 10.05.2006 -**

---

**Antrag:**

Zur Vorbereitung der Wahl eines Bürgermeisters/einer Bürgermeisterin wird gem. § 42 HGO ein Wahlausschuss gebildet. Für die Mitglieder der einzelnen Fraktionen gilt das Benennungsverfahren.

An der kurzen Diskussion beteiligen sich die Stv. D. Geißler, Möller und Merz.

Auf Bitte von **Stv. Merz** wird folgendes seiner Ausführungen **wörtlich zu Protokoll genommen:** „Der Unterschied ist und bleibt, wir hätten ab dem Jahre 2009 defacto nur noch drei hauptamtliche Stellen besetzt gehabt. Das ist der entscheidende Punkt und insofern hätten wir uns durchgesetzt. Im Gegensatz zu dem, was jetzt verabredet ist, wo es eine Perspektive für die Reduzierung des hauptamtlichen Magistrats formal und faktisch nicht gibt. Das ist der entscheidende Unterschied und den wollen wir festhalten und zu Protokoll geben.“

**Beratungsergebnis:**

Mehrheitlich beschlossen. (Ja: CDU/GR/FDP; Nein: SPD/Stv. Koch-Michel, StE: LINKE/FW)

8. **Beschlussfassung über die Anwendung des Benennungsverfahrens für die Zusammensetzung der Ausschüsse der Stadtverordnetenversammlung - Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 10.05.2006 -** **STV/0076/2006**
- 

**Antrag:**

Die Besetzung der 4 ständigen Ausschüsse der Stadtverordnetenversammlung gem. § 14 GO erfolgt durch das Benennungsverfahren.

**Beratungsergebnis:**

Ohne Diskussion einstimmig beschlossen. (Ja: CDU/SPD/GR/LINKE/FDP/FW; StE: Stv. Koch-Michel)

9. **A) Einführung der hessischen Ehrenamts-Card (E-Card) in der Universitätsstadt Gießen.** **STV/0002/2006**  
**B) Festlegung der Kriterien für den Erhalt der E-Card (Anlage 2); dabei Auflistung der in der Universitätsstadt Gießen zur Einführung gewährten Vergünstigungen (aufgrund eventuell später hinzukommender bzw. wegfallender Angebote veränderbar) - Anlage 3 -**  
**- Antrag des Magistrats vom 17.03.2006 -**
-

**Antrag:**

1. Die Universitätsstadt Gießen beteiligt sich auf der Grundlage des als Anlage 1 beigefügten Entwurfes einer „Vereinbarung zur Einführung der landesweiten EhrenamtsCard zwischen der Universitätsstadt Gießen und dem Land Hessen“ an der entsprechenden Initiative der Hessischen Landesregierung.
2. Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen schließt die vorgenannte Vereinbarung mit dem Land Hessen ab.
3. Für den Erhalt der Ehrenamts-Card gelten die in der Anlage 2 beschriebenen Kriterien.

**Oberbürgermeister Haumann** gibt bekannt, dass Anlage 3 um zwei weitere Punkte (13 und 14) ergänzt werde. **Die Punkte lauten wie folgt:**

***13. Volkshochschule Gießen***

*Inhaber der Ehrenamts-Card erhalten bei Kursbesuchen der Volkshochschule Gießen eine Ermäßigung von 20 Prozent auf die Teilnehmergebühren. Ausgenommen sind Bildungsurlaube, Studienreisen, Exkursionen und Sondermaßnahmen. Materialgebühren sind in vollem Umfang zu entrichten.*

***14. Basilika Konzerte auf dem Schiffenberg***

*Besucherinnen und Besucher der Basilika Konzerte auf dem Schiffenberg erhalten bei Vorlage der Ehrenamts-Card eine Ermäßigung von 2 € auf den Eintrittspreis.*

**Stv. Beltz**, Die Linke.Fraktion, beantragt, dass die Vorlage zwecks Beratung an den zuständigen Ausschuss verwiesen werden solle.

Der Antrag auf „Verweisung in den Ausschuss“ wird mehrheitlich abgelehnt.  
(Nein: CDU/SPD/GR/FDP/FW; Ja: LINKE/Stv. Koch-Michel)

**Beratungsergebnis:**

Ergänzt einstimmig beschlossen. (Ja: CDU/SPD/GR/FDP/FW; StE: LINKE/Stv. Koch-Michel)

**10. Beendigung der Städtepartnerschaft mit Kerkrade  
- Antrag des Magistrats vom 29.03.2006 -**

**STV/0004/2006**

---

**Antrag:**

*Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass die 1975 beschlossene Städtepartnerschaft mit der niederländischen Stadt Kerkrade seitens der Stadt Kerkrade für beendet erklärt wurde.*

An der kurzen Aussprache beteiligen sich Stv. D. Geißler und Stadtrat Dr. Kaufmann.

**Beratungsergebnis:** Zur Kenntnis genommen.

**11. Empirische Untersuchung der niedrigen Wahlbeteiligung (Kommunalwahl 2006) STV/0069/2006**  
**- Antrag der SPD-Fraktion vom 10.05.2006 -**

---

**Antrag:**

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat eine empirische Untersuchung zu den Gründen der niedrigen Wahlbeteiligung bei der Kommunalwahl vom 26. März 2006 in Gießen zu beauftragen. Hierbei ist eine Kooperation mit der Justus-Liebig-Universität Gießen anzustreben. Im Zentrum der Untersuchung sollen möglicherweise bestehende Gründe für die Passivität der Wählerinnen und Wähler stehen, die im Handlungs- und Verantwortungsfeld kommunaler Politik stehen.

**Stv. Loheide** begründet für die antragstellende Fraktion die Vorlage.

**Stv. Grothe**, Bündnis 90/Die Grünen, schlägt vor, dass die Vorlage zunächst im zuständigen Fachausschuss behandelt werden sollte, damit dort Fachleute (Politologen, Soziologen von der Universität) gehört werden können.

**Beratungsergebnis:**

Die antragstellende Fraktion erklärt sich mit dem Vorschlag von Herrn Stv. Grothe einverstanden, dass der Antrag an den zuständigen Fachausschuss verwiesen wird.

**12. Freilandversuche mit gentechnisch veränderten Pflanzen auf dem Gebiet der Universitätsstadt Gießen STV/0070/2006**  
**- Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 09.05.2006 -**

---

**Antrag:**

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich gegen Freilandversuche mit gentechnisch veränderten Pflanzen auf dem Gebiet der Universitätsstadt Gießen aus.

1. Der Magistrat der Stadt Gießen wird beauftragt, durch politische Gespräche oder andere Maßnahmen Giessener Landwirte und die Verantwortlichen für die Versuchsfelder und die Versuchsstation der Universität Gießen zum generellen Verzicht auf den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen und auf die Verwendung aus gentechnisch veränderten Organismen hergestellter Produkte, z.B. Futtermittel, zu bewegen.
2. Der Magistrat der Stadt Gießen wird beauftragt, die Verantwortlichen des laufenden Versuchs zum Anbau von „Gen-Gerste“, auf dem Gebiet der Universität Gießen aufzufordern, diesen Versuch abzubrechen und Abstand von weiteren

Freilandversuchen mit gentechnisch veränderten Pflanzen zu nehmen.

**Stv. Loheide**, SPD-Fraktion, stellt den nachfolgenden Initiativantrag und begründet ihn ausführlich:

*„Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat, wenn möglich in Kooperation mit der Justus-Liebig-Universität Gießen, kurzfristig eine öffentliche Veranstaltung mit Befürwortern bzw. Versuchsverantwortlichen und Kritikern aus dem wissenschaftlichen Bereich zu organisieren.“*

Vor diesem Hintergrund schlägt **Stv. Loheide** der antragstellenden Fraktion vor, ihren Antrag in der Beratung erst einmal zurückzustellen.

An der folgenden Diskussion beteiligen sich die Stv. Dr. Deetjen, Sauer, Koch-Michel und Zippel.

Die antragstellende Fraktion erklärt, dass sie ihren Antrag (STV/0070/2006) in der Beratung zurückstellen.

**Beratungsergebnis:**

Der Initiativantrag der SPD-Fraktion wird einstimmig beschlossen.

Die Vorlage: STV/0070/2006 wird zurückgestellt.

**13. Richtlinien zur Verleihung der Ehrenbürgerschaft der Universitätsstadt Gießen** **STV/0075/2006**  
**- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 10.05.2006 -**

---

**Antrag:**

Der Magistrat wird beauftragt, eine Richtlinie zu erarbeiten und der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen, die festlegt, wie Persönlichkeiten eine Ehrenbürgerschaft angetragen werden kann. Die Richtlinie wird das Verfahren zur Unterbreitung eines Vorschlages und zur Verleihung einer Ehrenbürgerschaft definieren.

An der Diskussion beteiligen sich die Stv. Möller, Merz, Koch-Michel und Oberbürgermeister Haumann.

**Beratungsergebnis:**

Mehrheitlich beschlossen. (Ja: CDU/SPD/GR/FDP/FW; Nein: Stv. Koch-Michel; StE: LINKE)

## 14. **Verschiedenes**

---

**Stv. Bietz**, SPD-Fraktion, fragt, ob der Magistrat den Anwohnern der Roonstraße eine Zusage gegeben habe, dass an Samstagen keine Lärm erzeugenden Baumaßnahmen auf der Baustelle Berliner Platz erfolgen und ob es stimme, dass trotz dieser Zusage an einem Samstag (morgens recht früh) Baumaßnahmen erfolgt seien.

**Stadtrat Rausch** entgegnet, dass in Phase des Abbruches diese Zusage in der Art erfolgt sei. Man habe sich bemüht, dass dies auch so weitestgehend eingehalten wurde. Die Praxis bei größeren Bauvorhaben sei allerdings die, dass in der zulässigen Zeit werktätlich (auch samstags) zwischen 06:00 und 22:00 Uhr gearbeitet werde.

Weitere Absprachen für die nächsten Bauphasen werden mit den Anwohnern besprochen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt Vorsitzender den öffentlichen Teil der Sitzung und bittet die Zuhörerinnen und Zuhörer sowie die Presse, den Sitzungssaal zu verlassen.

**DER VORSITZENDE:**

(gez.) Dieter Gail

**DER SCHRIFTFÜHRER:**

(gez.) Dieter Knoth